

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung monatlich 10 Mk. durch unsere Kundigen zugewandt in der Stadt monatlich 10 Mk. auf dem Lande 12 Mk. durch die Post bezogen Vierteljährlich 30 Mk. mit Postgebühren. Alle Postgebühren und Postkosten (siehe unsere Zusteller und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Zustellungspreis 10 Mk. für die 6 getheilte Korrespondenz oder deren Raum, Namen, die 2 getheilte Korrespondenz 12 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Zielentnahmen im amtlichen Teil (nur von Postämtern) die 2 getheilte Korrespondenz 10 Mk. Nachzahlungsbetrag 20 Pfg. Kasseannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abrechnung der durch Fernruf übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsantrag erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Druckerei: Arthur J. Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inserententeil: Arthur J. Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 41

Freitag den 17. Februar 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Mehl- und Brotpreise.

Nachdem sich die Reichsgetreidestelle im Hinblick auf die Verschlechterung unserer Valuta und den vom Reich unter dem Druck des Feindbundes beschlossenen Abbau der Reichszuschüsse zur Verbilligung des Brotes gezwungen gesehen hat, die an sie zu entrichtenden Getreidepreise mit Wirkung vom 19. Februar d. J. fast zu verdoppeln, nämlich

für Roggen von 2700 Mk. auf 5250 Mk. pro Tonne
Weizen 2900 5675

zu erhöhen, wird nach Anhörung des Ernährungsausschusses für das Gebiet des Kommunalverbandes Meißen-Stadt und -Land für die aus Umlagegetreide hergestellten Erzeugnisse an Mehl, Brot und Semmeln mit Wirkung vom 20. Februar 1922 ab folgendes bestimmt:

1. Der Mehlhöchstpreis, den die Bäcker und Mehlhändler für den dz Mehl, frei Bäckerlager, an die Mühle zu entrichten haben, beträgt ab 20. Februar 1922

633,50 Mk. für Roggenmehl,
683,50 " Weizenmehl,
753,20 " Krankenmehl.

2. Die Bäcker und Mehlhändler haben vom 20. Februar 1922 ab bei der Ausstellung der Bezugscheine für den dz Mehl 12,50 Mk. Gebühr (5 Mk. für den Kommunalverband und 7,50 Mk. Ausgleichsgebühr) zu entrichten.

3. Die Bestimmungen über die Zurückvergütung und Entrichtung der Gesellenausgleichsgebühren bleiben wie bisher.

4. Für die am Abend des 19. Februar 1922 vorhandenen Bestände an Roggen- und Weizenmehl haben die Bäcker und Kleinhändler gemäß Anordnung der Reichsgetreidestelle zur Abführung an diese die Differenz zwischen dem bisherigen und dem neuen Mehlpreis mit Gebühren an den Kommunalverband zu entrichten.

Die Mühlen und Mehlgroßhändler haben für die am 19. Februar 1922 bei ihnen vorhandenen Mehl- und Getreidebestände die Differenz zwischen dem vom 20. Februar 1922 ab frei Bäckerlager gültigen und dem bisherigen Mehlpreis bzw. dem neuen und dem alten bis zum 19. Februar gültigen Getreidepreis an den Kommunalverband abzuführen.

5. Die Mehlhöchstpreise, die die Bäcker und Mehlhändler fordern dürfen, betragen ab 20. Februar 1922 beim Bezuge von weniger als 20 kg

für Roggenmehl		für Weizenmehl		für 70%iges Krankenmehl:	
7,25 Mk. für 1 kg		8,— Mk. für 1 kg		8,50 Mk. für 1 kg	
8,25	1140 g	9,15	1140 g	9,70	1140 g
2,20	300 g	2,40	300 g	2,55	300 g
1,75	240 g	1,95	240 g	2,05	240 g
0,45	60 g	0,50	60 g	0,55	60 g

6. Die Brotpreise für das Schwarzbrot betragen vom 20. Februar 1922 ab:

2,95 Mk. für 1 Pfund
5,90 " " 2 "
8,85 " " 3 "
11,20 " " das 1900 g-Brot.

7. Vom 20. Februar 1922 ab beträgt der Höchstpreis für die Semmel mit einem Gewicht von mindestens 70—75 g 60 Pfg.

8. Erfolgt bereits am 18. oder 19. Februar 1922 eine Abgabe von Brot-, Semmel- und Mehlmengen auf Brotmarken, die erst ab 20. Februar Gültigkeit haben, so sind dafür bereits die neuen Preise zu zahlen, weil die Bäcker auch für diese Waren den unter 4. festgesetzten Differenzbetrag zur Abführung an die Reichsgetreidestelle an den Kommunalverband entrichten müssen. Wie den Bäckern und Mehlhändlern bereits durch besondere Verfügung mitgeteilt worden ist, dürfen die vom 20. Februar ab gültigen Brotmarken erst mit der Bestandsanzeige vom 15. März 1922 verrechnet und abgeliefert werden.

9. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden nach dem Reichsgesetz für die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 bezw. auf Grund des Höchstpreisgesetzes bestraft.

Meißen, den 15. Februar 1922.

7 II E.

Kommunalverband Meißen Stadt und Land.
(Die Amtshauptmannschaft.)

Die Feuerungszuschläge an Privatunterbleibene und Beschädigte werden Freitag, den 17. d. M. vormittags 9—12 Uhr in der Stadtkasse ausgezahlt.
Wilsdruff, am 16. Februar 1922. Der Stadtrat.

Die nach § 16 der Bestimmungen über die Einrichtung, Reinhaltung und Prüfung der pneumatischen Bierdruckvorrichtungen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meißen vom 30. Dezember 1907 zu erhebenden Gebühren für Prüfungen der Bierdruckvorrichtungen sind für den Stadtdistrikt Wilsdruff mit Genehmigung der städtischen Kollegien erhöht worden und betragen nunmehr:

1. Für die erstmalige Prüfung einer Handdruckpumpe (oder einer sonstigen Bierdruckvorrichtung, sowie für die erste Prüfung wesentlich veränderter Bierdruckvorrichtungs-Anlagen	7,50 Mk.
2. Für jede ordentliche Prüfung:	
a) einer Vorrichtung mit einer Rohrleitung	2,50 Mk.
b) " " zwei Rohrleitungen	3,25
c) " " drei	4,00
d) " " vier	4,75
e) " " fünf und mehr Rohrleitungen	5,00
f) Handdruckpumpe	2,50
g) zweier Handdruckpumpen	3,25
h) dreier und weiterer Handdruckpumpen	4,00
3. Für jede Nachprüfung	7,50

Wilsdruff, am 10. Februar 1922.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reparationskommission hat die Vollmacht erhalten, die Höhe der deutschen Zahlungen im Jahre 1922 festzusetzen.

* Im bayerischen Landtag wandte sich Graf Verchenfeldt gegen die Franzosierungspolitik im besetzten Saargebiet.

* Die sozialistische Fraktion im belgischen Parlament hat einen Gesetzentwurf zur Abklärung der militärischen Dienstpflicht auf sechs Monate eingebracht.

* Wie mitgeteilt wird, hat die jugoslawische Regierung beschlossen, auf die ihm kraft des Friedensvertrages zustehenden Rechte auf Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Jugoslawien zu verzichten.

* Im englischen Unterhaus gab der Minister Montagu eine Erklärung ab, wonach die Lage in Indien sehr ernst sei.

* Zwischen Frankreich und Rußland soll ein Abereinkommen zur französischen Hilfe für Rußland auf Kosten Deutschlands abgeschlossen worden sein.

Mehrheit für Dr. Wirth.

220 Ja, 185 Nein.

Bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Dr. Wirth im Reichstag wurden abgegeben für das Vertrauensvotum der

Regierungsparteien 220 Stimmen,
dagegen 185 Stimmen.

Die Mehrheit für den Kanzler beträgt also 45 Stimmen. Es lagen 16 Stimmenthaltungen vor. Die eingebrachten Mißtrauensanträge waren durch die Annahme des Vertrauensvotums erledigt.

Hüben und drüben.

Von einem in die Parteiverhältnisse genau eingeweihten Politiker wird uns geschrieben:

Der immer nur das Recht auf der einen, das Unrecht auf der anderen Seite sucht und findet, der hat es ungemein leicht, in den politischen Wirren dieser Tage den Kompaß für seine Urteilsbildung zu richten. Die Partei-

blindheit ist auch leider Gottes im deutschen Volke schon so weit vorgeschritten, daß es fast unmöglich geworden ist, ruhigeren Erwägungen Schärfe zu verschaffen, oder gar in diesem Lager Gläubige dafür zu werben, daß in jenem Lager nicht alles, was geschieht, auf Haß und Selbsthass und Gemeinheit beruht, im eigenen nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Leidenschaftlichkeit bederrt die Stunde, seitdem, was wir einst Burgfrieden genannt haben, endgültig zum Teufel gegangen ist. Und doch sollte jeder, der es gut meint mit seinem Vaterlande, nicht auf den Versuch verzichten, Licht und Schatten einigermaßen gleichmäßig zu verteilen, oder, um bestimmter zu sprechen, den Gegner nach den wahren Motiven seines Handelns begreifen zu lernen.

Wie steht es denn bei dem unseligen Kampfe um Dr. Wirth, dessen Zeugen wir in diesen Tagen gewesen sind? Der äußerste Flügel der Rechten, die Deutsche nationale Volkspartei, hat aus ihrer unbedingten Gegnerschaft gegen diesen Zentrumsmannler vom ersten Anbeginn seiner Tätigkeit kein Hehl gemacht. Denn die Zeiten, da die Rechte und das Zentrum sich im großen und ganzen gut verstanden, sind längst vorüber; die Tätigkeit Ergbergers hat so tiefe Spuren in dieser ausgesprochenen Mittelpartei hinterlassen, daß die hier eingetretene Entfremdung unmöglich nur vorübergehenden Charakter tragen konnte. Herr Dr. Wirth ist nach der Ansicht der Rechtsstehenden der Kanzler nach dem Herzen der Sozialdemokratie, ja sogar nach dem Herzen der Unabhängigen, und die Deutschnationalen sind der Überzeugung, daß die damit gegebene Unklarheit unserer gesamten Politik dem deutschen Volke nachgerade teuer genug zu stehen gekommen ist.

Von der äußersten Rechten werden für ihre Haltung folgende Gründe angeführt: Die unbedingte Ergebenheit gegenüber den Anforderungen des Versailler Vertrages, der mit bürren Worten ausgesprochene Entschluß, im Innern nichts zu tun, was von seinen Fremden auf der Linken gemißbilligt werden könnte, mußte die äußerste Rechte bei aller Bereitwilligkeit, auch ihrerseits positiv an dem inneren Aufbau des Reiches mitzuarbeiten, in die unbedingte Opposition treiben. Daß sich seit der Konferenz von Cannes zum mindesten die Möglichkeit einer Erleichterung unserer auswärtigen Lage erschlossen hat, läßt man nicht als ein Verdienst des gegenwärtigen Reichskanzlers

gesehen. Auch ohne ihn hätten, nach Meinung der Deutschnationalen, die fremden Mächte einsehen müssen, daß es so wie bisher mit Deutschland nicht weitergehen könne. Und schließlich hätten die traurigen Erfahrungen der letzten Streitwoche das Fach zum Überlaufen gebracht; eine Regierung, die bei allem, was sie tut oder unterläßt, auf die Stimmung der Massen Rücksicht nehme, und die trotzdem von eben diesen Massen und den sie beherrschenden Parteien und Organisationen in eine so ungeheure kritische Lage gebracht werden könne, eine solche Regierung habe das Recht verlohren, das Vertrauen des Volkes für sich in Anspruch zu nehmen, eine solche Regierung verwerfe auch die letzten materiellen und ideellen Staatswerte, die uns noch geblieben sind, eine solche Regierung könne unmöglich auch im Auslande in dem Sinne als verhandlungsfähig anerkannt werden, wie sie es selbst für sich in Anspruch nimmt. Also reiner Fisch gemacht werden, damit wir, bevor die Dinge noch tiefer dem Abgrund zugerollt seien, zu besseren Verhältnissen kommen.

Nicht viel anders denkt und spricht die Deutsche Volkspartei: Gewiß, sie verneint nach Möglichkeit überdeutliche Worte, sie verschleiert sich nicht der Zwangsläufigkeit unserer Entwicklung, sie möchte vermitteln, soviel es geht, möchte auch mitarbeiten, das Staatsgeschiff wenigstens einigermaßen in mittlerem Fahrwasser zu halten. Sie war eben drauf und dran, durch die Zustimmung zur Zwangsanleihe der großen Koalition in den Sattel zu steigen — als durch sonderbare „Unstimmigkeiten“ an der leitenden Stelle ihr kaum gedämpftes Mißtrauen gegenüber den wahren Absichten des Kanzlers jäh wieder hervorbrach. Man kann diese mehr persönlich gefärbten Bedenken kleinlich finden; aber die Deutsche Volkspartei kann offenbar den Verdacht nicht los werden, daß Herr Wirth sich ihrer für seine Politik bedienen wolle, daß er aber zugleich durch seine Abhängigkeit von der Sozialdemokratie daran verhindert werde, aus dieser Abhängigkeit der Deutschen Volkspartei diejenigen politischen Folgerungen zu ziehen, auf denen schließlich jede Partei von Ehr- und Selbstgefühl umwickelt werden muß. Auf denen, in ähnlicher Lage, selbstverständlich auch die Sozialdemokraten stets bestanden haben. Die Deutsche Volkspartei sieht also gerade in der Persönlichkeit Dr. Wirths das eigentliche Hemmnis für eine durchgreifende Klärung unserer politischen Lage, und so ist sie in die